

Ö F F E N T L I C H E S R E C H T

Eingriffsrecht im Polizeidienst

Band I - Grundstudium

**Fachbuch mit Fallbeispielen - erläutert für Theorie und Praxis
(orientiert am Bachelorstudiengang des Polizeivollzugsdienstes NRW)**

15. vollständig überarbeitete Auflage

**des auf das Curriculum des Bachelorstudienganges abgestellten,
ursprünglich von Wolfgang Kay und Reinhold Böcking begründeten,
von der 3. - 9. Auflage von Wolfgang Kay bearbeiteten Werkes**

von Thomas Osterlitz

Verlag Bernhardt-Witten · 58456 Witten

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Verlag: Bernhardt-Witten, Bruchstr. 33, 58456 Witten
☎ 02302-71713, Telefax 02302-77126
E-Mail: mail@bernhardt-witten.de
Internet: www.bernhardt-witten.de

Satz: Schreibservice Bernhardt, Witten

Druck: inprint druck und service, Erlangen

© 2018 by Verlag Bernhardt-Witten

Alle Rechte vorbehalten.

Die Vervielfältigung, insbesondere das Nachdrucken oder Fotokopieren, ist nach Urheberrechtsgesetz nicht gestattet - auch nicht für Unterrichtszwecke - und strafbar (§ 106 UrhG: "... mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe ...").

Dies gilt sowohl für Studierende als auch für Lehrende. Im Falle der Zuwiderhandlung wird Strafantrag gestellt und Schadensersatz geltend gemacht.

Vorwort zur 15. Auflage

Mit der 11. Auflage vom August 2014 wurden die beiden Bände des Lehrbuchs dem Bachelorstudiengang des Polizeivollzugsdienstes NRW an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen angepasst, um damit den Studierenden ein exakt auf das Studium abgestelltes Werk anzubieten. Mit der 15. Auflage erfolgt eine vollständige Überarbeitung der Inhalte der 14. aktualisierten Auflage, die insbesondere durch weitere Änderungen der Strafprozessordnung, aber auch deshalb notwendig geworden ist, weil Änderungen im Curriculum des Studienganges Bachelor Polizei NRW zu berücksichtigen waren. Unberücksichtigt sind indes Änderungen des PolG NRW geblieben, die derzeit keine curricularen Auswirkungen haben. Das Buch eignet sich in besonderem Maße sowohl für die Vor- und Nachbereitung vermittelter Inhalte als auch zur Vorbereitung auf die unterschiedlichen Formen der Modulprüfungen.

Ursprüngliche Inhalte des Buches sind ebenfalls am Ende des Bandes II erhalten geblieben.

Zu diesem Lehrbuch

Es soll eine Hilfe sein – aber wobei?

Soweit Sie sich für den Studiengang Bachelor Polizeivollzugsdienst erfolgreich qualifiziert haben, bekommen Sie dieses Lehrbuch möglicherweise zu einem Zeitpunkt in die Hand, zu dem Sie noch wenig Orientierung in Ihrem Studiengang gefunden haben.

Sie wissen, was Sie möchten: Sie möchten Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte des Landes Nordrhein-Westfalen werden und Sie wissen, dass Sie dafür diesen Studiengang mit dem Abschluss Bachelor nach drei Jahren benötigen. Sie haben erfahren, dass sich der Studiengang in mehrere Theorieabschnitte gliedert, die immer wieder durch Aufenthalte im Training und in der Praxis ergänzt werden – eben ein ganz besonderer dualer Studiengang.

Ihr erster Eindruck mag geprägt sein von einer Fülle an Informationen durch Ihre Ausbildungsbehörden, aber auch durch die Lehrenden an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW, die Sie mit den dem Grundstudium zuzurechnenden Fachlichkeiten konfrontiert haben oder konfrontieren. Sie haben erfahren, dass Sie Prüfungen unterschiedlichster Art in einem vorgegebenen Zeitrahmen abzulegen haben. Vielleicht haben Sie mit Sorge festgestellt, dass es im Falle des Scheiterns grundsätzlich nur eine Möglichkeit der Wiederholung gibt.

In diesem Rahmen präsentieren sich Ihnen die Fächer Staatsrecht und Eingriffsrecht in einem Modul. „Modul“ bedeutet für Sie immer zum Abschluss eine Form von Leistungsnachweis. Hier handelt es sich um das Modul GS 2, also ein Modul des Grundstudiums, das derzeit durch eine Klausur am Ende des Grundstudiums abgeschlossen wird. Dabei werden Sie – wie auch in Modulen mit weiteren Rechtsfächern – aufgefordert werden, Ihre Kenntnisse in einem zu erstellenden Gutachten zu einer in einem Sachverhalt beschriebenen Situation darzulegen. Ein wesentlicher Teil Ihrer Arbeit im Fach Eingriffsrecht wird dadurch bestimmt sein, dass Sie Normen kennenlernen, sachverhaltsbezogen analysieren und gutachterlich prüfen.

Um Ihnen den Zugang dazu zu erleichtern und Sie letztlich bezogen auf die Prüfungen anwendungssicher, vor allem aber bezogen auf die praktische Polizeiarbeit handlungssicher zu machen, wurde dieses Lehrbuch geschrieben.

Zur besseren Nachvollziehbarkeit orientiert sich das zweibändige Lehrbuch dabei inhaltlich an dem aktuellen Curriculum des Studienganges Bachelor PVD NRW. Der erste Band umfasst das Grundstudium, der zweite Band die drei Hauptstudienzeiträume.

Die Bände enthalten darüber hinaus in den Anhängen Ausführungen zum von Ihnen erwarteten Gutachtenstil sowie Musterlösungen zu Sachverhalten.

Die Lehrbücher gewährleisten, dass Studierenden und in der Praxis Tätigen aktuelle Literatur an die Hand gegeben wird, die ihnen den Einstieg in das Eingriffs- und Verwaltungsrecht, die Vertiefung der Rechtskenntnisse und die Anwendung des Rechts erleichtert. Beispiele aus dem polizeilichen Alltag gewährleisten, dass insbesondere die Studierenden schnell die notwendigen Rechtskenntnisse erwerben und einen sachgerechten Umgang mit gesetzlichen Bestimmungen erlernen.

Dabei verzichtet das Lehrbuch zwar nicht mehr auf die Modulstruktur des Bachelorstudienganges des Polizeivollzugsdienstes im Land Nordrhein-Westfalen, gleichwohl bleibt die Nutzung der Inhalte auch außerhalb der Landesgrenzen weiterhin möglich. Der Praktiker erhält mit den Lehrbüchern auch in der neuen Struktur die Möglichkeit zur Aktualisierung und Vertiefung des vorhandenen Wissens und zur Klärung von Zweifelsfragen. Das wird auch dadurch gewährleistet, dass Band II, der sich inhaltlich grundsätzlich auf den Zeitraum des Hauptstudiums des Bachelorstudienganges Polizeivollzugsdienst bezieht, einen Anhang mit darüber hinausgehenden Befugnisnormen enthält.

Auf ein korrektes Gendern wurde im Interesse der Lesbarkeit der Texte verzichtet.

Herrn Wolfgang Kay, seit der 3. Auflage allein verantwortlicher Herausgeber der bisherigen Auflagen, gebührt Dank für die mir gegebene Möglichkeit, dieses etablierte Lehrbuch fortsetzen zu dürfen. Für Rückmeldungen zur 15. Auflage über den Verlag, insbesondere hinsichtlich der Aufdeckung redaktioneller Nachlässigkeiten, wäre ich dankbar.

Herdecke, im Juni 2018
Thomas Osterlitz

Vorwort zur 1. Auflage

Gesetz und Recht bestimmen das Leben der Menschen in der Gemeinschaft und gewährleisten öffentliche Sicherheit. Polizeiliche Arbeit ist überwiegend Rechtsanwendung. Rechtsanwendung ist ein Prozess, in dem ein konkreter Lebenssachverhalt mit dem gültigen Recht abgeglichen und entschieden wird.

Die Anforderungen an den Polizeibeamten sind entsprechend der unterschiedlichsten Problem- und Interessenlagen hoch. Viele Geschehnisse erfordern Kenntnisse auf mehreren Rechtsgebieten zugleich. Das erschwert die Rechtsfindung.

Die Verfasser haben es sich darum zur Aufgabe gemacht, das Eingriffsrecht der Polizei orientiert an vielen praktischen Problemlagen umfassend darzustellen und insbesondere auch die Beziehungen der einzelnen Rechtsgebiete zueinander aufzuzeigen. Zugeschnitten ist das Buch auf den praktischen Polizeidienst und hier insbesondere auf die örtliche Fortbildung der Behörden. Es soll aber auch eine wesentliche Hilfe für den sein, der in der Praxis Rechtsgutachten zu verfassen hat. Ganz besonders berücksichtigt wurden die Bedürfnisse der Studenten an den Fachhochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen - Fachbereich Polizei. Darum wurde das Buch nach dem Curriculum für die Studienabschnitte 1 und 2 gegliedert. Aber auch Studenten der Rechtswissenschaften an den Universitäten sollte das Buch eine große Hilfe sein, weil sich jede Rechtslage am wirklichen Leben orientiert. Das Werk endet mit den Befugnissen zur Datenerhebung. In einem zweiten Band, der im nächsten Jahr erscheinen kann, werden die Standardbefugnisse der Polizei und die Zwangsbefugnisse erläutert.

Kreuztal, im September 1996
Wolfgang Kay / Reinhold Böcking

Zum Verfasser

Thomas Osterlitz,

Jahrgang 1960, trat 1978 nach Erlangung der allgemeinen Hochschulreife in den mittleren Polizeivollzugsdienst des Landes Nordrhein-Westfalen ein. Nach Ablegen der I. Fachprüfung (mittlerer Dienst) im Jahr 1980 versah er Einzeldienst beim PP Düsseldorf und PP Dortmund. Von 1982 bis 1985 studierte er an der FHöV NRW in Dortmund, legte dort seine II. Fachprüfung (gehobener Dienst) ab und erwarb den Grad des Diplomverwaltungswirtes. Anschließend war er Dienstgruppenleiter beim PP Bochum, Sachbearbeiter im „Polizeidezernat“ der BR Arnsberg und Fachlehrer in Selm. Von 1991 bis 1993 studierte er an der Polizeiführungsakademie in Münster-Hiltrup und beendete diese mit der III. Fachprüfung (höherer Dienst). Von 1993 bis 1996 war er Ausbildungsleiter und Leiter Abteilungsstab der Bereitschaftspolizeiabteilungen VII (Stukenbrock) und III (Wuppertal). Von 1996 bis 2000 leitete er die Polizeiinspektion Ost beim PP Bochum. In den Jahren 2000 bis 2003 nahm er die Funktion eines Abteilungsführers der Bereitschaftspolizei des Landes NRW beim PP Wuppertal wahr. Ende 2003 wechselte er an die FHöV NRW nach Dortmund und ist dort seither hauptamtlicher Dozent im Fachbereich Polizeivollzugsdienst in verschiedenen Fächern mit dem Schwerpunkt Eingriffsrecht. Seit mehreren Jahren ist er Vorsitzender des Landesfacharbeitskreises Eingriffsrecht. Daneben ist er als Gutachter für die FHöV NRW und die Ruhruniversität Bochum tätig. Er ist seit 1982 verheiratet, hat eine Tochter, einen Sohn und zwei Enkelkinder.

Inhaltsverzeichnis mit Gliederung

Vorworte	III
Zu diesem Lehrbuch	III
Zum Verfasser	V
Literaturverzeichnis	XIV
Abkürzungsverzeichnis	XVIII
Grundstudium	
Einführung in die Grundlagen und die Bedeutung des Eingriffsrechts, Historie und Organisation der Polizei	1
Erster Abschnitt	
Allgemeine Bedeutung des Eingriffsrechts	2
I. Der Mensch als Mittelpunkt staatlichen Handelns	2
1. Der Mensch als Person	2
2. Der Mensch als Gemeinschaftswesen	3
II. Die Polizei als Hüter von Recht und Gesetz	6
III. Grenzen polizeilicher Macht	7
Zweiter Abschnitt	
Rechtsquellen	8
I. Das Europarecht als Rechtsquelle	9
II. Das Verfassungsrecht als Rechtsquelle	10
III. Ungeschriebene Rechtsgrundsätze als Rechtsquelle	11
IV. Das Gesetz als Rechtsquelle	12
1. Das Gefahrenabwehrrecht	14
2. Das Polizeirecht	16
3. Das Strafrecht und das Strafprozessrecht	17
4. Das Ordnungswidrigkeitenrecht	18
V. Das Völkerrecht als Rechtsquelle	20
VI. Die Rechtsquellenhierarchie	22
VII. Kollisionsregeln	22
Dritter Abschnitt	
Historie der Polizei	25
Vierter Abschnitt	
Organisation der Polizei NRW	36
1. Kapitel	
Das Handeln der Polizei	43
Gesetz und Recht als Maßstab polizeilichen Handelns	43
I. Bindung an das Gesetz (Gesetzmäßigkeitsprinzip)	44
1. Vorrang des Gesetzes	45
2. Vorbehalt des Gesetzes	48
3. Allgemeine Rechtmäßigkeitsanforderungen	50
II. Bindung der Verwaltung an das Recht	52

Formen polizeilichen Handelns und Handlungsarten im Eingriffsrecht	56
Erster Abschnitt	
Formen polizeilichen Handelns	56
I. Eingriffshandeln (der Grundrechtseingriff)	57
1. Eingriffshandeln durch gezielte Anordnungen	57
2. Faktische Rechtseingriffe	59
II. Schlicht-hoheitliches Handeln (Realakthandeln)	63
III. Ergebnis	65
Zweiter Abschnitt	
Handlungsarten im Eingriffsrecht / allgemeine Begriffsbestimmungen	66
I. Handlungsarten im Rahmen der Gefahrenabwehr	66
1. Der Verwaltungsakt (VA)	67
1.1 Verwaltungsaktbegriff	67
1.2 Verwaltungsaktarten	71
2. Der faktische Rechtseingriff im Gefahrenabwehrrecht	73
3. Exkurs	73
3.1 Nebenbestimmungen zu Verwaltungsakten	73
3.2 Verfahrens- und Formvorschriften	78
4. Nichtigkeit bzw. Mangelhaftigkeit eines Verwaltungsaktes	79
5. Aufhebung eines Verwaltungsaktes	82
II. Handlungsarten im Strafverfahren	84
1. Der Justizverwaltungsakt	84
2. Faktische Rechtseingriffe zur Strafverfolgung (Prozesshandlungen)	87
III. Handlungsarten im Rahmen der Ordnungswidrigkeitenverfolgung	87
1. Verwaltungsakte der Verwaltungsbehörden	87
2. Faktische Verfolgungseingriffe (Realakte mit Eingriffscharakter)	88
Präventiv- und repressivpolizeiliches Handeln - Aufgaben der Polizei	89
Erster Abschnitt	
Die Gefahrenabwehr / Begriffsbestimmungen	89
I. Die Aufgabe der Gefahrenabwehr	90
II. Die Gefahr/Gefahrenursachen	90
1. Gefahrenbegriff	90
2. Gefahrenursachen	93
III. Öffentliche Sicherheit	93
1. Sicherheitsgüter	93
IV. Öffentliche Ordnung	97
V. Öffentliches Interesse	99
VI. Gefahrengrade / Die Qualifikationen der Gefahren	101
VII. Schein- und Anscheinsgefahr, Gefahrenverdacht, Gefahr im Verzug	106
VIII. Das Vorfeld von Gefahr und Straftat	110
Zweiter Abschnitt	
Das Strafverfahren/die Strafverfolgung/Begriffsbestimmungen	111
I. Die Strafe	111
II. Das Strafverfahren	112
1. Die Straftat	115
2. Das Ermittlungsverfahren	115
3. Der Verdacht	119
4. Verdachtsarten	121
5. Abschluss des Ermittlungsverfahrens	123

Dritter Abschnitt**Das Bußgeldverfahren (Ordnungswidrigkeitenverfahren);****die Ordnungswidrigkeitenverfolgung/Begriffsbestimmungen** 124

I.	Die Geldbuße	124
II.	Das Ordnungswidrigkeitenverfahren	125
1.	Der Begriff der Ordnungswidrigkeit	125
2.	Das Ermittlungsverfahren	126
III.	Zuständigkeit für die Owi-Verfolgung	126
1.	Zuständigkeit der Polizei als Verwaltungsbehörde (Verfolgungsbehörde)	127
2.	Allgemeine Zuständigkeit der Polizei zur Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten	127
3.	Die Polizei als Ermittlungsorgan der Verwaltungsbehörde	128
4.	Die Staatsanwaltschaft als Verfolgungsbehörde	128
IV.	Befugnisse der Polizei zur Owi-Verfolgung	128
V.	Das Opportunitätsprinzip	129
VI.	Abschluss des Ermittlungsverfahrens	130
VII.	Das Ahndungsverfahren	130
1.	Die Geldbuße als Rechtsfolge	130
2.	Das Verwarnungsverfahren	131
VIII.	Der Zusammenhang zwischen Ordnungswidrigkeiten und Straftaten	135

Die Rechtmäßigkeit polizeilichen Handelns 135**Erster Abschnitt****Formelle Voraussetzungen** 136

I.	Sachliche Zuständigkeit	136
1.	Die gesetzlichen Aufgaben aus § 1 PolG	136
2.	Zuweisung der Aufgaben an die Polizeibehörden/Amtswalterprinzip/ instanzielle Zuständigkeit	138
3.	Die instanzielle Zuständigkeit	144
4.	Die Aufgabe der Gefahrenabwehr	145
4.1	Allgemeine Gefahrenabwehr	145
4.1.1	Originäre Zuständigkeit	147
4.1.2	Subsidiäre Zuständigkeit	152
4.1.3	Schutz privater Rechte	155
4.2	Spezielle Aufgabenzuweisung zur Gefahrenabwehr	165
5.	Die Aufgabe der Strafverfolgung	168
6.	Die Aufgabe der Ordnungswidrigkeitenverfolgung	168
7.	Das Problem der Doppelfunktionalität	170
8.	Amtshilfe (im weiteren Sinne)	172
8.1	Amtshilfegrundsätze	173
8.2	Amtshilfe (im engeren Sinne)	174
8.3	Vollzugshilfe	176
II.	Örtliche Zuständigkeit	182
1.	Die Zuständigkeit im eigenen Polizeibezirk	182
2.	Die Zuständigkeit im Bezirk einer anderen Behörde des Landes NRW	183
3.	Zuständigkeit auf dem Gebiet der Kreispolizeibehörden anderer Länder	186
4.	Nachteile im gesamten Bundesgebiet	187
5.	Zuständigkeit auf dem Gebiet angrenzender Staaten	188
III.	Verfahrens- und Formvorschriften	188
1.	Verfahrens- und Formvorschriften im Rahmen der Gefahrenabwehr	189
2.	Verfahrens- und Formvorschriften bei der Strafverfolgung	196
3.	Verfahrens- und Formvorschriften bei der Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten	197
4.	Anordnungsbefugnisse	197

IV.	Folgen der Missachtung formeller Voraussetzungen	200
-----	--	-----

Zweiter Abschnitt

Materielle Voraussetzungen	208
I. Ermächtigungen (Befugnisse) zu Rechtseingriffen	209
1. Ermächtigungsnormen (Befugnisnormen)	210
1.1 Der Tatbestand	210
1.2 Die Rechtsfolge	211
2. Auslegung unbestimmter Rechtsbegriffe	212
3. Aufgabenorientierte Anwendung der Befugnisse/Ermächtigungen	214
3.1 Ermächtigungen/Befugnisse zur Gefahrenabwehr	214
3.2 Ermächtigungen (Befugnisse) zur Strafverfolgung	219
3.3 Ermächtigungen (Befugnisse) zur Ordnungswidrigkeitenverfolgung	219
II. Adressaten der Ermächtigung (Richtung der Maßnahme)	221
1. Der Adressat in der Gefahrenabwehr	221
2. Der Adressat im Strafverfahren	237
3. Der Adressat im Bußgeldverfahren	239
III. Allgemeine Rechtmäßigkeitserfordernisse	240
1. Das pflichtgemäße Ermessen	240
2. Das Verhältnismäßigkeitsprinzip im weiteren Sinne (Übermaßverbot)	255
3. Weitere grundgesetzliche Anforderungen	261

2. Kapitel

Platzverweisung und Aufenthaltsverbot	263
--	-----

Erster Abschnitt

Platzverweisung und Aufenthaltsverbot	263
I. Der Platzverweis zur Gefahrenabwehr	266
I.1 Der kurzfristige (vorübergehende) Platzverweis zur Abwehr konkreter Gefahren	266
1. Ermächtigung	266
2. Allgemeine Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen	269
3. Verfahrens- und Formvorschriften	272
4. Weitere Anwendungsbeispiele	272
5. Hinweis	273
I.2 Aufenthaltsverbot,	273
1. Ermächtigung	274
2. Allgemeine Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen	277
3. Verfahrens- und Formvorschriften	277
4. Hinweis	278
5. Anwendungsbeispiele	278

Zweiter Abschnitt

Der Platzverweis zur Strafverfolgung	279
1. Ermächtigung	279
2. Verfahrens- und Formvorschriften	281
3. Hinweis	282

3. Kapitel

Generalklauseln als Eingriffsermächtigung	283
I. Die Generalklausel im Gefahrenabwehrrecht	284
1. Generalermächtigung	284
2. Allgemeine Rechtmäßigkeitsanforderungen	290
3. Besondere Rechtmäßigkeitsanforderungen	292

4.	Form- und Verfahrensvorschriften.....	293
5.	Hinweis	293
II.	Generalklausel zur Strafverfolgung/zur Verfolgung von Owi	294
1.	Generalermächtigung	294
2.	Allgemeine Rechtmäßigkeitsanforderungen	296
3.	Besondere Rechtmäßigkeitsanforderungen	297
4.	Form- und Verfahrensvorschriften.....	297
5.	Anwendungsbeispiele.....	297
6.	Auskunftsersuchen der Behörden.....	298

4. Kapitel

Identitätsfeststellung	299
-------------------------------------	------------

Erster Abschnitt

Allgemeine Vorschriften für die Datenerhebung.....	300
I. Allgemeine Vorschriften für die Datenerhebung zur Gefahrenabwehr.....	300
1. Der Grundsatz der Datenerhebung bei der betreffenden Person	300
2. Grundsatz offener Datenerhebung.....	301
3. Zweckbindung	302
4. Aufklärungspflicht	303
II. Verfahren bei Strafverfolgungs-/Owi-Verfolgungsmaßnahmen	304

Zweiter Abschnitt

Die Identitätsfeststellung.....	305
I. Identitätsfeststellung zur Gefahrenabwehr.....	307
1. Ermächtigung	307
2. Zugelassene Rechtsfolgen	318
3. Form- und Verfahrensvorschriften.....	321
4. Hinweis	322
II. Identitätsfeststellung zur Strafverfolgung - § 163b StPO.....	323
1. Ermächtigung zur Identifizierung des Verdächtigen.....	323
2. Ermächtigung zur Identifizierung beim Unverdächtigen	327
3. Festhalten zur Identitätsfeststellung	330
III. Identitätsfeststellungen zur Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten	332

5. Kapitel

Befragung/Vernehmung.....	334
I. Die Befragung zur Gefahrenabwehr.....	334
1. Ermächtigung zur Befragung	336
2. Personalienfeststellung als Folge des Befragungsrechtes	338
3. Besondere Auskunftspflichten	340
II. Befragung im Rahmen der Straf- oder Owi-Verfolgung.....	343
III. Die Vernehmung im Rahmen der Strafverfolgung	345
1. Die Beschuldigtenvernehmung	346
2. Zeugen- und Sachverständigenvernehmung	354
3. Ergänzende Hinweise zur Vernehmung von Beschuldigten, Zeugen oder Sachverständigen.....	367
IV. Die Vernehmung im Ordnungswidrigkeitenverfahren	368

6. Kapitel	
Die Observation und die Datenerhebung zur Eigensicherung	370
Erster Abschnitt	
Die Observation zur Gefahrenabwehr - § 16 a PolG	380
1. Längerfristige Observation.....	380
2. Kurzfristige Observation - § 16 a IV PolG.....	387
3. Ermächtigungsbegrenzende Bestimmung, insbesondere Art.13 GG	389
4. Datennutzung	390
Zweiter Abschnitt	
II. Observationen zur Strafverfolgung - § 163 f und § 163 I 2 StPO	391
1. Ermächtigung	391
2. Verfahrens- und Formvorschriften.....	396
3. Datennutzung und sonstige Pflichten.....	397
Dritter Abschnitt	
Observation zur Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten	397
Vierter Abschnitt	
Die Datenerhebung zur Eigensicherung - § 15 b PolG	398
1. Ermächtigung	398
2. Adressat.....	400
3. Verfahrens- und Formvorschriften.....	400
Fünfter Abschnitt	
Datenerhebung durch den Einsatz körpernah getragener Aufnahmegeräte	
- § 15 c PolG	401
I. Vorgeschichte – kritische Sicht auf § 15 b PolG und Einführung einer Bodycam	401
II. Datenerhebung durch Einsatz körpernah getragener Aufnahmegeräte - § 15 c PolG.....	409
1. Ermächtigung	411
7. Kapitel	
Freiheitsentziehungen	429
Erster Abschnitt	
Die Gewahrsamnahme	435
I. Spezielle Ermächtigungen zur Gewahrsamnahme	436
II. Allgemeine Ermächtigung zur Gewahrsamnahme.....	436
1. Ermächtigung	436
2. Allgemeine und besondere Rechtmäßigkeitsanforderungen	450
3. Verfahrens- und Formvorschriften.....	454
4. Hinweis	455
5. Exkurs	455
Zweiter Abschnitt	
Die Festnahme	461
I. Festnahmerecht für Jedermann.....	461
1. Ermächtigung	461
2. Allgemeine Rechtmäßigkeitsanforderungen	465
3. Verfahrens- und Formvorschriften.....	466
II. Das Festnahmerecht für Staatsanwaltschaft und Polizeibeamte	466
1. Ermächtigung	466
2. Rechtsfolge.....	491
3. Verfahrens- und Formvorschriften.....	492
III. Das Festnahmerecht nach § 127 b StPO	493

IV.	Das Festnahmerecht nach § 19 IRG (Gesetz über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen).....	497
Dritter Abschnitt		
Die Verhaftung		500
8. Kapitel		
Sicherheitsleistungen		502
I.	Die Sicherheitsleistung nach § 132 StPO.....	503
1.	Ermächtigung.....	503
2.	Verfahrens- und Formvorschriften.....	507
II.	Die Sicherheitsleistung nach § 127 a StPO.....	508
1.	Ermächtigung.....	508
2.	Verfahrens- und Formvorschriften.....	511
III:	Die Sicherheitsleistung bei der Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten.....	512
9. Kapitel		
Amtliche Verwahrung – Sicherstellung /Beschlagnahme		514
Erster Abschnitt		
Die Sicherstellung zur Gefahrenabwehr		517
1.	Ermächtigung.....	517
2.	Allgemeine Rechtmäßigkeitsanforderungen.....	527
3.	Verfahrens- und Formvorschriften bei der Sicherstellung.....	528
4.	Die Verwahrung sichergestellter Sachen.....	528
5.	Verwertung, Unbrauchbarmachung, Vernichtung einer sichergestellten Sache.....	529
6.	Herausgabe, Kosten.....	533
Zweiter Abschnitt		
Sicherstellung/Beschlagnahme von Beweismitteln		535
I.	Die Sicherstellung/Beschlagnahme von Beweismitteln zur Strafverfolgung.....	535
1.	Ermächtigung.....	535
2.	Ermächtigungsbegrenzende Bestimmungen.....	540
3.	Übermaßverbot.....	553
4.	Verfahrens- und Formvorschriften.....	553
5.	Herausgabe sichergestellter Sachen, Kosten.....	556
6.	Beschlagnahmebeispiele.....	558
II.	Sicherstellung und Beschlagnahme vom Beweismitteln zur Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten.....	560
10. Kapitel		
Durchsuchungen		561
Erster Abschnitt		
Durchsuchung zur Gefahrenabwehr		568
I.	Durchsuchung von Personen.....	569
1.	Ermächtigung.....	569
2.	Form- und Verfahrensvorschriften.....	581
II.	Durchsuchung von Sachen.....	581
1.	Ermächtigung.....	581
2.	Form- und Verfahrensvorschriften.....	589
III.	Betreten und Durchsuchen von Wohnungen.....	589
1.	Ermächtigung.....	590
2.	Anordnungsbefugnis, Verfahrensvorschriften und Formvorschriften.....	601

Zweiter Abschnitt

Durchsuchung zur Strafverfolgung/Owi-Verfolgung	604
I. Durchsuchung beim Verdächtigen	605
1. Ermächtigung	605
2. Voraussetzungen und Durchsuchungszwecke nach § 102 StPO im Überblick.....	611
II. Durchsuchung bei anderen Personen	613
1. Ermächtigung	613
III. Gebäudedurchsuchung - § 103 I 2 StPO	618
1. Ermächtigung	618
IV. Ermächtigungsbegrenzende Bestimmungen, Verfahrens- und Formvorschriften	621
1. Nächtliche Hausdurchsuchungen, § 104 StPO.....	621
2. Anordnungs- und Durchführungsbefugnis, § 105 I und III StPO	623
3. Durchsicht von Papieren	628
4. Hinzuziehung von Zeugen, Anwesenheitsrecht usw.....	628
5. Zufallsfunde	631
V. Durchsuchung im Rahmen der Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten.....	633
 Anhang	 635
I. Der Gutachtenstil.....	635
II. Schemata zur Lösung von Klausuren im Fach Eingriffsrecht	638
III: Aufbauschema für Kombinationsklausuren Staatsrecht/Eingriffsrecht	644
III. Musterlösungen.....	645
IV. Lösungsskizzen zur Zwangsanwendung	679
 Stichwortverzeichnis	 734